

Schriftlicher Bericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zu den Planungen der Bundesregierung in Bezug auf LNG-Infrastruktur in Deutschland

Der Koalitionsvertrag sieht vor, Deutschland zum Standort für LNG-Infrastruktur zu machen und LNG als umweltfreundlichen Antrieb für Schiffe durch Verstärkung der Förderung im Bereich der See- und Binnenschifffahrt zu etablieren. Dementsprechend begrüßt die Bundesregierung privatwirtschaftliche Investitionen in die deutsche Gastransportinfrastruktur. Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass die Diversifizierung der Erdgasversorgung einen Beitrag dazu leistet, für die nähere Zukunft eine sichere Energieversorgung der Europäischen Union zu wettbewerbsfähigen Preisen zu gewährleisten. Insbesondere eine Versorgung mit LNG kann die Gasversorgung Deutschlands und Europas weiter diversifizieren. Aus Sicht der Bundesregierung kann LNG bei der Erreichung der nationalen, europäischen und im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens vereinbarten Klimazielen einen Beitrag leisten.

Grundsätzlich ist die Errichtung von neuer Infrastruktur für den Transport von Erdgas eine privatwirtschaftliche Entscheidung. Zur Finanzierung von Projekten verweist die Bundesregierung darauf, dass die verschiedenen Unterstützungsangebote und Programme der öffentlichen Hand grundsätzlich für alle Unternehmen offen sind, soweit diese die jeweiligen Antragsvoraussetzungen erfüllen.

Auf Bundesebene bestehen Fördermöglichkeiten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW), wenn die Förderbedingungen gemäß GRW-Koordinierungsrahmen (GRW-Koordinierungsrahmen Teil II, Kapitel D „Energieinfrastrukturen“) erfüllt sind. Derzeit liegt kein GRW-Antrag auf Förderung eines LNG-Terminals in Deutschland vor. Zudem könnten Mittel zur Fortschreibung der Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie und Förderung der alternativen Kraftstoffinfrastruktur in Frage kommen. Dem BMVI liegt ein Förderantrag der German LNG Terminal GmbH vor. Weitere Anträge sind der Bundesregierung derzeit nicht bekannt.

Grundsätzlich stehen allen privaten Investoren gleichermaßen genannte Fördermittel zur Verfügung. Allerdings dienen sie nicht der dauerhaften Schließung von möglichen Wirtschaftlichkeitslücken beim Betrieb eines LNG-Terminals.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass private Investoren aktuell den Bau von LNG-Terminals in unterschiedlicher Größe an vier Standorten in Deutschland prüfen.

Für den Standort Brunsbüttel plant die „German LNG Terminal GmbH“ (Gasunie, Vopak und Oiltanking) ein LNG Import und small-scale Terminal mit einer gesamten Jahreskapazität von ca. 5 Mrd. m³.

Für Rostock planen nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung Novatek und Fluxys ein small-scale Terminal (ohne Netzanbindung) mit einer Jahreskapazität von ca. 400 Mio. m³.

Für Stade plant die LNG Stade GmbH und Dow Deutschland ein LNG-Terminal mit einer Jahreskapazität (1. Ausbaustufe) von ca. 4 Mrd. m³.

Für den Standort Wilhelmshaven wären nach derzeitigem Kenntnisstand der Bundesregierung Nord-West Oelleitung, HES Wilhelmshaven, Deutsche Flüssigerdgas Terminal GmbH und Uniper potentielle Projektträger. Die genaue Projektplanung ist nicht bekannt.

Investitionsentscheidungen werden durch private Unternehmen getroffen. Die Bundesregierung gibt die Standortentscheidung den Unternehmen nicht vor. Somit könnten auch mehrere LNG-Terminals entstehen.